

Der sächsische Erzähler,

Zeigeblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Allein jeden Sonntag abends für den folgenden Tag und
sonst täglich bei Mittwochs und Sonnabends erchei-
nenden „Sächsischen Beilage“ bei Abholung vier-
teljährlich 1. 50 J., bei Bestellung ins Haus 1. 70 J.,
bei allen Postämtern 1. 50 J. extra für Postgebühren.
Chytritz, Nummer 10 J.
Nummer der Zeitungspresse 6587.

Fernsprechstelle Nr. 22.
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen
Reiches, Hr. Bischofswerda und Umgegend bei unseren
Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes
angenommen. Schluss der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.
Dreimonatlicher Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung
finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere
und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die
viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Restzeile 30 J.
Geringster Inseratenbetrag 40 J.
Für Rückzahlung eingesandter Manuskripte neh-
me Gewähr.

Der approbierte Tierarzt

Herr Dr. med. vet. Gerhard Haenel in Bautzen

ist heute als wissenschaftlicher **Belehrer** für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Bautzen verpflichtet worden.
Bautzen, den 31. Dezember 1908.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Deutsches Reich.

Die Neujahrsansprache des Kaisers an die kommandierenden Generale bei dem ihnen am 2. Januar im Berliner Residenzschloß gegebenen Diner hat eine ziemlich lebhaftere Polemik infolge der widersprüchlichen Angaben hervorgerufen, welche betrefis des Inhaltes dieser kaiserlichen Rundgebung ursprünglich kursierten. Jetzt steht indessen fest, daß die Rede des Monarchen im großen und ganzen lebhaft durch einen völlig sachgemäß gehaltenen militärischen Vortrag über die großen deutschen Manöver des vergangen Jahres repräsentiert wurde. Irgendwelche politischen Bemerkungen machte der Kaiser in dem Vortrage nicht, nur verlas er am Schlusse einen militärisch-politischen Aufsatz, betitelt „Der Krieg der Zukunft“, welcher der frühere Generalstabsoberst v. Schlieffen im Sommer der „Deutschen Revue“ veröffentlicht hat. Der Kaiser erklärte hierbei, wie bestimmt verlautet, ausdrücklich sein volles Einverständnis auch mit dem politischen Teile dieses Artikels, und letzterer Umstand mag zu den Gerüchten über eine angeblich politisch gefärbte Neujahrsansprache des Kaisers an die kommandierenden Generale Anlaß gegeben haben. Die politischen Ausführungen des erwähnten Revue-Artikels betonen in ihrem Kernpunkte, daß zwar eine stille europäische Koalition gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestehe, daß sie aber noch immer nicht wage, gegen die beiden verbündeten mitteleuropäischen Kaiserreiche mit den Waffen vorzugehen. Beide Reiche sollen daher zunächst durch inneren Zwiespalt geschwächt werden, weshalb für sie Einigkeit nach außen nötig sei. — Man vermag sich allerdings nicht der Besorgnis zu entziehen, daß die Bitterung dieses Artikels seitens Kaiser Wilhelms und die Erklärung seiner Zustimmung zu dessen politischem Teile leicht zu neuen Streitigkeiten gegen ihn und Deutschland in der antideutschen Auslandspressen führen kann. — Die Zeitungsnachrichten, denen zufolge der Kaiser als Text für die Neujahrspredigt in der Berliner Schloßkapelle die Bibelstelle gewählt haben soll: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke“, erweisen sich als unzutreffend. Vielmehr weiß die „Kreuzzeitung“ aus sicherer Quelle mitzuteilen, daß diese Predigt als Text die Worte aus den „Lutherbibeln“ aufgewiesen haben: „Er aber, der Herr des Friedens, gebe euch Frieden allenthalben und auf allerlei Weise“.

In einigen größeren deutschen Zentrumsblättern, vor allem in der „Germania“, wird ein offener Feldzug gegen den Fürsten Bülow geführt; ihm werden namentlich mangelnde Unterstützung der Orientpolitik des verbündeten Oesterreich-Ungarn und auch noch sonstige politische Sünden vorgeworfen, wobei auf Wiener Stimmungsberichte Bezug genommen wird. Die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ tritt diesen seltsamen Nachsagen energisch entgegen. So teilt sie mit, daß die in einem Artikel der „Germania“ vom 5. Januar enthaltene Wiener Zuschrift, wonach ein österreichischer Diplomat in Berlin gefordert haben sollte, Deutschland müsse in Konstantinopel mehr als bisher im Interesse Oesterreich-

Ungarns wirken, der Begründung entbehre. Der Botschafter Oesterreich-Ungarns am Berliner Hofe habe amtlich erklärt, diese Behauptung sei eine ebenso lächerliche wie böswillige Erfindung. Graf Ballestrem, der frühere Reichstagspräsident, hat einen leichten Schlaganfall erlitten.

Das Befinden des Ex-Präsidenten Castro hat sich im Laufe des Donnerstages erheblich gebessert. Es besteht nunmehr die Hoffnung, daß der Patient die schwere Operation überstehe und bald seine volle Gesundheit wieder erlangen wird.

Die Internationale Kriminalistische Vereinigung, welche nach Neujahr in Berlin zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten war, hielt am 5. Januar ihre Schlußtagung ab. In derselben wurde eine Resolution genehmigt, in welcher die deutsche Landesgruppe genannter Vereinigung die dem Bundesrate unterbreitete Novelle zur Strafprozeßordnung nur als einen ersten Schritt zur notwendigen großen Reform des Strafrechtes bezeichnet und weiter eine Anzahl Änderungen des Regierungsentwurfes als unerlässlich erachtet.

Ich kenne die Gründe nicht, aber — „Sein Jagdrecht verliert, wer innerhalb eines Umfanges von 7 Kilometern außerhalb der Forts einer Festung einen Ausländer zur Jagd mitnimmt“, so steht verordnungsgemäß in jedem badischen Jagdpachtvertrag. Dem französischen Grafen Bourtales wurde demzufolge unter lebhafter Zustimmung aller National-Deutschen sein Jagdpach von den badischen Behörden entzogen, als er einen französischen Offizier auf seinem Jagdgebiet im Straßburger Festungsrayon zu Rehl jagen ließ, noch dazu, nachdem diesem Herrn ein Jagdpach ausdrücklich verweigert worden war. Jetzt hat Graf Bourtales seinen Jagdpach, wie es heißt auf Befehl von höherer Stelle, an die er sich gewandt, wieder erhalten und darf trotz seines groben Vergehens als Franzose innerhalb des Gebietes einer der wichtigsten deutschen Festungen weiter jagen. Sind denn deutsche Jagdbestimmungen nur für Deutsche da, während Franzosen besondere Privilegien genießen?

Oesterreich-Ungarn.

Der jüngste österreichisch-serbische Zwischenfall, wie ihn die antioesterreichische Stupschinarenade des serbischen Ministers des Aeußern Dr. Milowanowitsch darstellt, sollte nach Wiener Meldungen beigelegt sein, weil die für Oesterreich beleidigenden Stellen in der Rede des serbischen Ministers im authentischen Text derselben nicht enthalten waren. Aber die neuen Schwierigkeiten zwischen Wien und Belgrad scheinen doch noch nicht beseitigt zu sein, denn der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Graf Forgach, erhielt neue Weisungen aus Wien, in denen er beauftragt wird, gegenüber dem Minister Dr. Milowanowitsch auf genügenden Aufklärungen über dessen Rede zu bestehen. Der Zwischenfall mit Herrn Milowanowitsch scheint eine unnötige Aufschaukung zu erfahren, man sollte im Wiener Auswärtigen Amte der Sache nicht solche übertriebene Wichtigkeit beilegen.

Italien.

Gegen die italienischen Behörden waren mehrfach heftige Anklagen laut geworden, weil sie die Hilfsaktion für die von der Erdbebenkatastrophe Betroffenen im südlichen Italien völlig ungenügend und verspätet organisiert haben sollten. Es stellt sich jetzt indessen heraus, daß diese Angriffe der Begründung entbehren, es ist vielmehr von den Behörden sofort alles Menschenmögliche angeordnet worden, um den Nachwirkungen des furchtbaren Unglücks entgegenzuarbeiten. Nur in den ersten Tagen konnte der Hilfsdienst noch nicht richtig funktionieren, weil eben das Unglück zu massenhaft und ausgedehnt war. Die finanziellen Maßnahmen, welche die italienische Regierung dem auf den 9. Januar zu einer außerordentlichen Tagung einberufenen Parlament zugunsten der vom Erdbeben heimgeführten Gebiete zu unterkreiten gedenkt, bestehen in einer Erhöhung der Einkommensteuer, der Grund- und Gebäudesteuer und der Fahrkartensteuer, sowie in dem Vorschlage, einen Teil der Budgetüberschüsse ebenfalls mit für das Hilfswerk zu verwenden.

Frankreich.

Während man an den Pariser leitenden Stellen die bevorstehende Räumung des Schaugebietes in Marokko durch die französischen Truppen ankündigt, wird in amtlichen französischen Meldungen über allerlei neue Marsche der Expeditionstruppen im Inneren des Schaugebietes berichtet. Es wäre da dringend notwendig, daß die Regierung des Herrn Clemenceau Aufklärung darüber erteile, was diese geheimnisvollen Truppenmärsche in Marokko eigentlich bedeuten.

Bei den jüngsten Erneuerungswahlen zum französischen Senat ist zum ersten Male auch ein wirklicher Arbeiter gewählt worden. Es ist dies Viktor Reyneong, ein Werkmeister im Arsenal zu Toulon, der sich zur sozialistischen Partei bekennt. Die bisherigen Sozialisten im französischen Senat waren Aerzte, Professoren, Juristen und Geschäftsleute.

Balkanhalbinsel.

Das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zur Türkei gestaltet sich allmählich kritischer. Der Boykott der österreichisch-ungarischen Waren in der Türkei dauert ungeschwächt fort, die türkische Regierung tut gar nichts, um der Boykottbewegung entgegenzuwirken. Die Verhandlungen zwischen beiden Teilen über die Annexionsfrage kommen auch nicht vorwärts, zumal man neuerdings türkischerseits die Forderungen der Autonomie Bosniens und der Serzegowina vertritt.

Portugal.

Der Gesundheitszustand König Manuels von Portugal soll Anlaß zu ernstern Besorgnissen geben. Die Aerzte haben ein Lungenleiden festgestellt und dem jugendlichen Monarchen eine Luftkur in der Schweiz angeraten.

Amerika.

Edison hat erklärt, er habe einen Akkumulator erfunden, der 20 Jahre gebrauchsfähig sei.